

Der bekannte US-Publizist Dr. Paul Craig Roberts fragt sich, warum die ständig von der Trump-Regierung brüskierten Europäer nicht endlich ihre Beziehungen zu Russland verbessern?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 084/18 – 16.06.18

Hat die US-Gehirnwäsche die Europäer so paralyisiert, dass sie es nicht wagen, ihre Beziehungen zu Russland zu verbessern?

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 12.06.18

(<https://www.paulcraigroberts.org/2018/06/12/europe-brainwashed-normalize-relations-russia/>)

Die Erklärungen führender europäischer Politikerinnen und Politiker nach dem jüngsten G7-Gipfel belegen, dass sie immer noch die feindliche Einstellung Washingtons gegenüber Russland teilen; daran haben weder die Sanktionen, die Präsident Trump gegen Europa verhängt hat, noch die Tatsache, dass er die Interessen Europas und aller anderen Staaten missachtet und nur Israel hofiert, etwas ändern können.



Gruppenbild auf dem G7-Gipfel in Kanada (Foto: Evan Vucci / AP, entnommen aus Google)

Die britische Premierministerin erklärte, die G7-Teilnehmer seien "sich einig darin, nötigenfalls neue restriktive Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen". Die französische US-M Marionette Macron warf Russland, dem einzigen Staat, der versucht, das Minsker Abkommen umzusetzen, zu Unrecht vor, es zu verletzen. Außerdem hat er Russland fälschlicherweise beschuldigt, in die Ukraine eingefallen und die Krim annektiert zu haben – ungeachtet der Tatsache, dass sich russische Soldaten aufgrund eines für die Dauer von 50 Jahren geschlossenen Pachtvertrages bereits in einem russischen Flottenstützpunkt auf der Krim aufhielten. Der französische Präsident weiß sicher auch, dass Russland nur einem Votum der Krimbewohner Rechnung getragen hat, die mit überwältigender Mehrheit für einen Anschluss der Krim an Russland gestimmt haben. Die Krim hat nämlich vor der Eingliederung in die Ukraine drei Jahrhunderte lang – also länger als die USA existieren – zu Russland gehört. (Und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat Trumps einzigen vernünftigen Vorschlag, Russland wieder in den G7-Kreis aufzunehmen, mit einer fadenscheinigen Begründung zurückgewiesen, s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-bei-g7-gipfel-lieber-keine-schritte-als-rueckschritte-a-1212060.html>).

Die europäischen G7-Teilnehmer warfen Putin außerdem vor, sein Verhalten sei "destabilisierend", er "unterminiere demokratische Systeme" und "unterstütze die syrische Regierung" (die Russland um Hilfe gebeten hat).

Europa kuscht weiterhin vor Washington, obwohl Trump alles tut, um die europäischen Vasallen zu drangsaliieren.

Putin hat die auf dem G7-Gipfel gegen Russland erhobenen Vorwürfe als "kreatives Gelaber" bezeichnet (s. <https://www.n-tv.de/politik/Putin-nennt-Kritik-bei-G7-kreatives-Gelaber-article20472409.html>), und Europa eingeladen, in beiderseitigem Interesse mit Russland zusammenzuarbeiten.

Es gibt gemeinsame Interessen, und Putin sieht sie; in den Erklärungen auf dem G7-Gipfel wurde aber deutlich, dass die Westeuropäer Russland nur als Feind betrachten.

Aus westlicher Sicht ist Putin ein Problemfall, weil er auf der Souveränität Russlands besteht. Mit dem westlichen Vorwurf, Russland verhalte sich "destabilisierend", ist eigentlich gemeint, dass ein unabhängiges Russland die von Washington bestimmte Weltordnung gefährdet. Putin wird als Störfaktor betrachtet, weil er sich dem Herrschaftsanspruch Washingtons widersetzt. Er kann die feindliche Einstellung des Westens gegenüber Russland auch nicht durch immer neue Zugeständnisse und vernünftiges Reagieren überwinden. Putin gäbe sich einer tödlichen Illusion hin, wenn er auf wohlklingende Versprechungen vertrauen und glauben würde, die USA verzichteten jemals auf ihr Streben nach Vorherrschaft.

Putin nimmt Beleidigungen hin, reagiert besonnen auf Provokationen und die Verfolgung von Russen in der Ukraine, lässt ungestraft israelische Luftangriffe auf Syrien zu, obwohl er Assad mit hohem Einsatz im Kampf gegen von den USA finanzierte "Rebellen" unterstützt – und all das nur, um den Europäern zu demonstrieren, dass Russland kein anderes Land bedroht. Nach ihren Erklärungen auf dem G7-Gipfel, der eigentlich ein G6-Gipfel war, wollen führende westliche Politikerinnen und Politiker einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Bedrohung eigentlich von Washington und nicht von Moskau ausgeht. Washington hat Europa die Marschrichtung gegen Russland vorgegeben, und Europa marschiert brav mit, unabhängig davon, wie sich Russland verhält, und wie Washington Europa behandelt. Aufkeimende Hoffnungen, dass die Opposition der Europäer gegen den Versuch Trumps, das Atomabkommen mit dem Iran scheitern zu lassen, Europa unabhängiger machen würde, haben sich durch die gemeinsam praktizierte Feindschaft gegenüber Russland schnell wieder zerschlagen.

Putins Strategie (des unerschütterlichen wohlwollenden Entgegenkommens) könnte aus zwei Gründen scheitern: Erstens hat Westeuropa vor rund 75 Jahren seine Unabhängigkeit verloren (mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg im Dezember 1941 und endgültig mit der Gründung der NATO am 4. April 1949). Die westeuropäischen Staaten scheinen nicht mehr zu wissen, was Souveränität bedeutet. Ohne Vorgaben aus Washington verlieren führende europäische Politiker jede Orientierung und versuchen krampfhaft, den von vorherigen US-Regierungen eingeschlagenen Kurs zu halten.

Zweitens hofft Putin immer noch, Russland in die Europäische Union integrieren zu können. Als Jelzin Präsident war, hat die US-Regierung diese Hoffnung genährt (weil sie glaubte, dann leichteren Zugang zu den russischen Ressourcen zu bekommen). Russische Wirtschaftswissenschaftler und die russische Zentralbank glauben immer noch, dass sich Russland nur mit Hilfe des Westens weiterentwickeln kann. Das macht Russland anfällig für Störmaßnahmen des westlichen Finanzimperiums. Der westliche Einfluss ermög-

licht es Washington, den Wert des Rubels zu manipulieren und russische Handelsüberschüsse in Defizite zu verwandeln. Um die Globalisierung voranzutreiben, versucht Washington russische Politiker zu diskreditieren, die ein nationales Wirtschaftswachstum anstreben. Michael Hudson und ich haben schon früher darauf hingewiesen, dass neoliberale russische Wirtschaftswissenschaftler als fünfte Kolonne Washingtons in Russland (s. https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCnfte_Kolonne) agieren.

Staaten, die sich der vom Westen vorangetriebenen Globalisierung öffnen, verlieren schon bald die Kontrolle über die eigene Wirtschaftspolitik. Der Tauschwert ihrer Währungen, die Kurse ihrer Anleihen und die Preise ihrer Rohstoffe können durch Leerverkäufe bei Termingeschäften nach unten getrieben werden. In diesem Zusammenhang sei an George Soros (s. https://de.wikipedia.org/wiki/George_Soros) erinnert, der das britische Pfund zum Absturz brachte. Durch koordiniertes Handeln der Fed (der US-Zentralbank), der Europäischen Zentralbank, der Bank of England und der Japanischen Zentralbank könnte Washington jede Währung ruinieren. Sogar große Staaten wie Russland und China können sich nicht gegen einen derartigen Generalangriff wehren. Es ist erstaunlich, dass Russland und China, die auch unabhängig vom westlichen Finanzsystem ihre Geschäfte abwickeln könnten, sich immer noch von ihren Feinden kontrollieren lassen.

Das Mayer Amschel Rothschild zugeschriebene Zitat trifft nämlich zu: "Wer das Geld eines Staates kontrolliert, braucht sich nicht darum zu kümmern, wer dessen Gesetze macht." Ein Professor aus Oxford hat mir die Kopie eines in der Franklin D. Roosevelt Presidential Library aufbewahrten Briefes geschickt, den Präsident Roosevelt am 21. November 1933 an Colonel House (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Edward_Mandell_House) geschrieben hat. Darin steht:

"Wir kennen die Wahrheit, denn wir beide wissen, dass seit den Tagen des Präsidenten Andrew Jackson (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Andrew_Jackson) die Regierung immer von Geldinstituten abhängig war – und da möchte ich auch die Regierung von Woodrow Wilson (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Woodrow_Wilson) nicht ganz ausnehmen. Unser Land erlebt gerade eine Wiederholung des Kampfes Jackson gegen die Bank of the United States – nur auf einer viel breiteren Basis."

Weil Wladimir Putin ein vernünftiger und humaner Mensch ist, möchte er Konflikte vermeiden. Er hat die nötige Geduld, um Beleidigungen und Drohungen aus militärisch schwachen Staaten wie Großbritannien (und der Bundesrepublik Deutschland) auszuhalten.

Geduld kann den Frieden bewahren, aber einen Krieg nicht verhindern (wenn sie von Gegnern überstrapaziert wird). Putins Geduld könnte den Europäern signalisieren, dass sie sich mit Anschuldigungen und feindlichen Aktivitäten gegen Russland nicht zurückhalten müssen, und die Neokonservativen (in den USA) könnten sich zu weiteren Provokationen und noch aggressiveren Handlungen ermutigt fühlen. Zu viel russische Geduld könnte dazu führen, dass Russland in eine Ecke gedrängt (und handlungsunfähig) wird.

Die Gefahr für Russland besteht darin, dass Putin, weil er möchte, dass sein Staat zu Europa gehört, zu große Zugeständnisse an den Westen macht, die noch mehr Provokationen auslösen, und dass der Sog der Globalisierung die Souveränität der russischen Wirtschaft untergräbt.

Wenn Putin immer noch hofft, sich im Krieg gegen den Terrorismus mit dem Westen verbünden zu können, übersieht er, dass der Westen die Terroristen finanziert und einsetzt, um unabhängige Staaten zu destabilisieren, die eine unipolare (von Washington beherrschte Welt) nicht hinnehmen wollen.

Russland wäre nicht so leicht in einen Krieg zu verwickeln, wenn es sich vom Westen lösen und mit dem Osten (also vor allem mit China) verbünden würde. Dann müssten die Westeuropäer Putin eher früher als später um bessere Beziehungen anbetteln.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die genannten Damen und Herren aus Westeuropa wären gut beraten, die Ratschläge des Autors zu bedenken. Infos über ihn sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Craig_Roberts . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Is Europe Too Brainwashed To Normalize Relations With Russia?

June 12, 2018

Judging from statements made by G-7 leaders at the recent meeting, President Trump's application of US sanctions to Europe and disregard of European interests, just as Washington dismisses every country's interests except Israel's, has not caused Europeans to disassociate from Washington's hostility to Russia.

The prime minister of England said that the G7 "agreed to stand ready to take further restrictive measures against Russia if necessary." The American puppet in France, Macron, falsely accused Russia, the only country trying to enforce the Minsk agreement, of violating the Minsk agreement. The French president also falsely accused Russia of invading Ukraine and annexing Crimea, despite the fact that Russian forces have been present in Crimea for years under a 50-year lease that provides Crimea as a Russian naval base. As the French president surely knows, all Russia did was to accept an unanimous vote of Crimea to return to Russia. Crimea had been a part of Russia for three centuries, longer than the existence of the US, before it was illegally transferred to Ukraine.

The G7 politicians accused Putin of "destabilizing behavior," of "undermining democratic systems," and of "supporting Syria."

Europe remains subservient to Washington despite everything Trump has done to humiliate Washington's European vassals.

Putin's response to what he called "creative babbling" was that Europe should get to work with Russia working out their common interest.

There are common interests, and Putin sees them, but, as the G7 statements make clear, the G7 sees only a Russian enemy.

From the West's standpoint Putin is a problem because of his insistence on Russian sovereignty. When the West accuses Russia of "destabilizing behavior," the West is saying that it is Russia's independence that is destabilizing Washington's world order. Russia is regarded as a destabilizing entity, because Putin does not accept Washington's hegemony. Putin cannot overcome this attitude toward Russia with concessions and reasonable behavior. It could be a mortal delusion for Russia to believe that soft words can turn away the wrath of spurned hegemony.

Putin accepts insults, provocations, deaths in Russian Ukraine, and Israeli attacks on Syria, a country he has spent resources liberating from Washington's "rebels," in order to de-

monstrate to Europeans that Russia is not a threat. Judging from the G7 or G6 statements, the European politicians simply don't care that it is Washington and not Russia that is the threat. Washington has handed Europe a Russian script, and Europe seems to be going by the script regardless of how Russia behaves and how Washington treats Europe. Previous hopes that European opposition to Trump's effort to destroy the Iranian nuclear agreement would result in Europe's assertion of independence are dashed by the unified hostility to Russia displayed at the recent G-7 meeting.

Putin's strategy might not work for two reasons. One is that Europe has not had an independent existence for 75 years. European countries do not know what it means to be a sovereign state. Without Washington European politicians feel lost, so they are likely to stick with Washington.

Putin's other problem is his belief that Russia needs to be part of Europe. Americans reinforced this belief during the Yeltsin years. Russian economists and the Russian central bank actually believe that Russia cannot develop without Western participation. This makes Russia susceptible to destabilization by the Western financial empire. Foreign participation empowers Washington to manipulate the ruble and to drain the Russian economic surplus into debt service. To advance globalism, Washington works to discredit Russian politicians who favor a nationalist economic approach. Michael Hudson and I have described how, in effect, neoliberalized Russian economists are an American Fifth Column inside Russia.

Countries that open themselves to Western globalism lose control of their economic policy. The exchange values of their currencies and the prices of their bonds and commodities can be driven down by short-selling on futures markets. Remember, just one man—George Soros—was able to collapse the British pound. Today Washington can organize concerted action against currencies by coordinating attacks by the Federal Reserve, European Central Bank, Bank of England, and the Japanese central bank. Not even large countries such as China and Russia can withstand such an attack. It is remarkable that countries, such as Russia and China that wish to have independent policies rely on Western monetary and clearing mechanisms, thereby subjecting themselves to control by their enemies.

There is truth in the quote attributed to Mayer Amschel Rothschild: "Give me control of a nation's money and I care not who makes it's laws." A professor at Oxford sent to me a copy of a letter he obtained from the Franklin D. Roosevelt Presidential Library written by President Roosevelt to Colonel House, dated November 21, 1933, in which Roosevelt writes:

"The real truth of the matter is, as you and I know, that a financial element in the larger centers has owned the Government ever since the days of Andrew Jackson—and I am not wholly excepting the Administration of W.W. The country is going through a repetition of Jackson's fight with the Bank of the United States—only on a far bigger and broader basis."

Being a reasonable and humane person, Vladimir Putin is focused on avoiding conflict. It takes patience for Putin to ignore insulting threats from militarily insignificant countries such as the UK, and Putin has the virtue of patience.

Nevertheless, patience can work against peace as well as for it. Putin's patience tells Europeans that there is no cost to continuing hostile accusations and actions against Russia, and it encourages neoconservatives to employ more aggressive provocations and actions.

Too much patience can result in Russia being backed into a corner. The danger for Russia is that the desire to be part of the West results in concessions that encourage more provocations, and that the commitment to globalism undermines Russian economic sovereignty.

Russian hopes to unite with the West in a war against terrorism overlook that terrorism is the West's weapon for destabilizing independent countries that do not accept a unipolar world.

Perhaps war would be less of a threat if Russia simply disengaged from the West and focused on integration with the East. Sooner or later Europe would come courting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern